

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Es beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonnr. 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

Kosten die dreispaltige Zeitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 14.

Köln, den 5. April 1907.

VIII. Jahrgang.

Hoffnungen.

Neuere Einmischungen haben sich in der deutschen Arbeiterbewegung fast stets bemerkbar gemacht. Seit Salalls Zeiten war es immer so, daß bürgerliche Elemente eine besondere Vorliebe für den Arbeiterstand zeigten. Ihre Liebe war nicht immer eine reine. Mag anfänglich die Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes ein gewichtiger Grund zu dieser Liebe gewesen sein, heute trifft das weniger zu. Selbst der blödeste Teil der Arbeiterschaft hat eben für Halbgotter wie sie früher vorhanden waren, keinen Bedarf.

Damit ist nun nicht gesagt, daß bürgerliche Elemente heute auch gar keinen Einfluß mehr in der Arbeiterschaft besäßen. Die Macht ihrer Persönlichkeit allerdings ist es nicht, die so etwas zu Wege bringt. Mehr ist's ihre herrschende Stellung, die manche Augen der Arbeiter zu ihnen aufheben und Befehle erwarten läßt. Doch dieses nicht allein.

Nicht nur Personen üben ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft aus, sondern auch politische Strömungen und Systeme, die jeweils die Uebermacht zu besitzen scheinen. Und das bedauerlichste dabei ist, daß sich sogar angeblich selbständig sein wollende Arbeiterorganisationen nicht davon frei machen können.

Man denke an die Reichstagswahl und das, was ihr vorausging. Zwei Dinge drängten sich in den Vordergrund: das nationale Bewußtsein und der wirtschaftliche und politische Liberalismus. Die Niederlage der Sozialdemokratie, einer ausgesprochenen Arbeiterpartei, folgte. Alles wichtige Momente, die auf die Arbeiterbewegung nicht ohne Einfluß bleiben konnten.

Plötzlich sich verändernde politische Verhältnisse wirken nicht nur auf die Börse ein. Wenn sie innerpolitisch Natur sind, werfen sie ihren Schatten auf alles das, was im öffentlichen Leben vor sich geht. So auch auf die Organisation der Arbeiter.

Am wenigsten allerdings ist's die christliche Gewerkschaftsbewegung, der veränderte politische Verhältnisse eine andere Konstellation schaffen können. Sie ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Von mehr Belang ist die veränderte politische Situation für eine Anzahl After-Arbeiterorganisationen. Diese wittern augenblicklich Morgenluft. Allerdings nicht die Wahrung der Arbeiterinteressen ist ihre Aufgabe, sondern die Leitung von treu braven Elementen aus dem Arbeiterstande, die in heiliger Einfeld mit der Pflege des nationalen Bewußtseins den Profit ihrer „Herren“ zu wahren haben.

Bornesdröte muß dem denkenden Arbeiter ins Gesicht steigen, wenn er sieht, wie es Klassengenossen gehen kann, die sich in ihrer Beschränktheit zu Büttel der Scharfmacher krameln lassen. Die so gehätschelten Werkvereine beweisen uns in erster Linie, daß es noch immer Arbeiter gibt, die geleithammet werden müssen. Unersäufliche Scharfmacher schaffen eine Arbeiterorganisation. Man denke nur wach ein Kontrast. Jede selbständige Arbeiterorganisation ist ihnen ein Grauel; die von ihnen ins Leben gerufenen „gelben Gewerkschaften“ aber sind ihnen alles. Die Tätigkeit dieser Arbeitswilligenvereine soll sich in erster Linie gegen die sozialdemokratische Bewegung richten. Wer's glaubt? Unterdrückung aller Selbständigkeit, die Föchtung willenloser Kreaturen, denen selbst die primitive Gabe des Herdeninstinktes noch genommen werden soll, das ist die Aufgabe dieser angeblich im Dienste der nationalen Produktion stehenden Arbeiterorganisationen. Ihre geistigen Leiter, Scharfmacher und Erzeaktionäre, wittern, weil die Sozialdemokratie geschlagen, Morgenluft, und als Sammelruf für neue Söldner des Profits dient das nationale Phrasengeklänge.

Wo es den Industriemagnaten nicht gelingen will, direkt treubrabe Arbeiter für „Werkvereine und „meister-treue“ Verbände zu gewinnen, da finden sie einen guten Freund im „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“. Die beiden Freunde sind einander wert. Der letztgenannte laubere Verband ist Spezialist auf dem Gebiete der Gründung von Arbeiterorganisationen. Seine Erfolge bei den Reichstagswahlen lassen ihn nicht ruhen: Er will weitere Vorbeeren. Und wo der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ zur Gründung von Vereinen zur Unterdrückung des selbständigen Denkens, zur Ergebung des Willens in den der Scharfmacher gewünscht wird, da steht er ein. Das „nationale Bewußtsein“ ist sein Anhängsel und alsbald ersticht ein „nationaler Arbeiterverein“. Man hält eben den deutschen Arbeiter, der bei der Reichstagswahl in allen Variationen seine nationale Gesinnung an den Tag legte, für gerade würdig genug, in eine Organisation einzutreten, wo der Drache „Sozialdemokratie“ durch nationalen Phrasenschauum ersticht wird. Auch der Reichsverband macht sich Hoffnungen, daß die von ihm geschaffene „nationale Arbeiterbewegung“ infolge des Ausganges der Reichstagswahlen Dumme genug finden wird.

Es hieße jedoch etwas übergehen, wenn an dieser Stelle nicht auch der Hoffnungen der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine gedacht würde. Auch sie machen sich Hoffnungen auf ein Wachstum ihrer Bewegung. Nicht etwa sollen nunmehr die Erfahrungen praktisch verwertet werden, die man im Laufe von 40 Jahren sammeln konnte; nur die gegenwärtige politische Situation wollen sie ausnützen. Und die soll ihnen günstig sein. Besonders günstig auch deshalb, weil heute ein Erfolg nur dann zu erzielen ist, wenn eine Paarung verschiedener Ideen zuwege gebracht wird. Und das bringen auch die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine fertig.

Die alte orthodoxe Richtung derselben, die ihren Sitz in Berlin hat, ist liberal. Die neugläubige Düsseldorfser Richtung hat nationale Ideale und treibt bis zum Eingehen der „Westdeutschen Arbeiterpost“ auch nationale Politik. Bislang aber wollte eine Paarung der beiden Richtungen nicht gelingen, bis der neueste politische Kurs ihnen Hilfe versprach. Seit der entschiedener Liberalismus regierungsfähig und die Reichstagswahlen einen „nationalen“ Trumpf gebracht haben, steht der Paarung nichts mehr im Wege.

So stehen denn die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine da und harren auf „das neue Werden“. Ein neues Werden, das den politischen und wirtschaftlich unentwegten Liberalismus verdrängen werden soll. Dann ist die goldene Zeit der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine endlich da. „Der neue Morgen muß kommen; schon rötet sich der Himmel! Das neue Leuchten soll die Köpfe hell und die Herzen warm machen“. So jubelt schon der „Gewerksverein“, und ehrfurchtsvoll staunen die Getreuen nach oben, wo ihnen das neue Leuchten des Liberalismus und des nationalen Gedankens als Schuttpatrone Excellenz Derrnburg und dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ zeigen soll.

Wenn nur die Hoffnungen der After-Arbeiterorganisationen, einschließlich der Gewerksvereine S.-D., nicht allzu früh geknickt werden! Weber Anrechtigkeit, noch nationale oder auch liberale Phrasen, sind von ewigem Bestand. Bestand hat in der Menschenbrust nur ein besseres Ringen, das Effekte unbeachtet läßt und nur das eine Ziel kennt, der darbenenden Menschheit zu helfen. Und auf den Sieg dieses besseren Ringens setzt die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Hoffnung.

Ein Scharfmacherdokument.

Der Verein der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln hielt am 26. Januar seine Hauptversammlung ab, in der der Geschäftsführer Steller den Jahresbericht erstattete. Da derselbe manches Interessante enthielt, geben wir ihn im Auszuge wieder. Und Herr Steller sprach:

Die Vereinstätigkeit war in einem großen Teile des Jahres durch die Vorbereitungen zur Jubelfeier in Anspruch genommen. Sie war daneben in den Herbstmonaten besonders rege durch die im Reichstage zur Verhandlung stehenden vielen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die zu der Zeit die wirtschaftlichen Kreise beschäftigten. Zu der gewohnten Vereinstätigkeit gehört namentlich auch eine Anzahl von Vorträgen, die über verschiedene wirtschaftliche oder technische Fragen im Laufe dieses Winterhalbjahres gehalten wurden.

Die vorerwähnten sozialpolitischen Anträge betrafen namentlich die Verhältnisse der kaufmännischen und technischen Angestellten in Bezug auf Krankenversicherung und Wettbewerbsbedingungen.

Diese sozialpolitischen Anträge gelangten infolge der Reichstagsauflösung zwar nicht mehr zur Beratung im alten Reichstage, werden aber im neuen zweifellos wiederkehren. Die Industrie muß daher fernerhin auf ihrer Hut sein gegen die einschlägigen hypersozialen Bestrebungen. In dieser Beziehung bietet sogar der neue Reichstag noch mehr Anloß zu Besürchtungen als der alte. Denn abgesehen von der unglücklichen Zahl von beratigen Initiativanträgen, die das Zentrum, die Nationalliberalen und andere Parteien schon eingebracht haben, ist auch in der Thronrede eine Fortsetzung der sozialreformatorischen Tätigkeit angekündigt und der Zentralverband Deutscher Industrieller vom Reichskanzler auf eine Unterstützung dieser sozialpolitischen Tätigkeit der Regierung angesprochen worden.

Die Aussichten für die Industrie auf deren Kosten die sozialen Reformen fast ausschließlich bewirkt werden, sind in dieser Beziehung um so unerfreulicher, als die preussische Regierung in den Staatsbetrieben mit Einrichtungen vorgegangen ist oder vorgeht, die in ihrer Folgewirkung der Privatindustrie erhebliche neue Lasten auferlegen müssen. In den Staatswerkstätten ist

der neunstündige Arbeitstag eingeführt und die obligatorische Urlaubsbereitstellung für die Arbeiter in bestimmte Ausfüßt genommen bzw. zugesagt worden. Das kann der Fiskus tun, weil seine Betriebe nicht zu erwerben brauchen und die sozialen Reformen auf Kosten der Steuerzahler gehen, nicht aber kann das der Unternehmer tun, der ohne angemessenen Gewinn den Betrieb nicht aufrecht zu erhalten vermag. Und da er vielfach nicht bloß mit inländischem, sondern auch mit ausländischem Wettbewerb zu rechnen hat, der von dergleichen sozialen Lasten mehr oder weniger frei ist, so gelten für ihn andere Rücksichten, als für den Staat als Gewerbeunternehmer. Das Vorgehen des letzteren in der bezeichneten Richtung wird die Unternehmer aber früher oder später zwingen, ebenfalls mit der Arbeitszeit herunterzugehen und Urlaube unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen.

Dadurch werden durch einseitige behördliche Maßnahmen Neuerungen in der Industrie erzwungen und in überreilter Weise eingeführt, die zwar vielleicht auch so gekommen wären, aber jedenfalls erst im Laufe weiterer Entwicklung der Dinge, und die namentlich dann erst hätten kommen sollen und dürfen, wenn das Ausland mit seinen sozialpolitischen Einrichtungen Deutschland einigermassen nachgekommen wäre. Der Vorstand nahm daher Veranlassung, sich gegen diese Richtung der Staatsbetriebe zu wenden und setzte sich mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller in Verbindung, der schon früher bei der Regierung in diesem Sinne vorstellig geworden war und in einer durch die Presse veröffentlichten Darlegung vor längerer Zeit die berechnete Forderung aufgestellt hatte, daß die Staats- und Gemeindebehörden vor Ausführung solcher Maßregeln doch mit den davon betroffenen Industrie- und Handelsunternehmungen Föhlung nehmen möchten. Weitere Schritte in der Angelegenheit zu tun, hält der Zentralverband, wie auch aus einer anderweitigen Mitteilung desselben uns bekannt geworden ist, nicht für angezeigt. Wahrscheinlich verspricht er sich davon gegenüber der herrschenden sozialpolitischen Strömung keinen Erfolg.

Was die Arbeitszeit in den Privatbetrieben anbetrifft, so wird diese ja im allgemeinen dadurch bezeichnet, daß der gesetzliche Arbeitstag für weibliche Arbeiter bekanntlich 11 Stunden beträgt und Herabsetzung auf 10 Stunden angestrebt wird. Dies wird auch wahrscheinlich das erste Ergebnis der vielen sozialpolitischen Anträge im Reichstage sein und hiermit wird wohl auch die Industrie allgemein rechnen müssen, nachdem die süddeutschen Textil- und Baumwollindustriellen mit der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages vorgegangen sind.

In Köln und Umgegend ist der 10stündige Arbeitstag ausschließlich der Essenspausen allgemein eingeführt. Dieser Maximalarbeitstag entspricht dem sozialen Empfinden und der wirtschaftlichen Lage offenbar besser, als der 11stündige Arbeitstag der staatlichen Eisenbahnwerkstätten. Die herrschende Richtung und die Verhältnisse des Industriestaates führen, wie gesagt, eine allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit ganz von selber herbei. Es bedarf dazu keiner so starken Eingriffe in die bestehende Ordnung, um dieser Bewegung nachzuhelfen. Die rege Nachfrage nach Arbeitskräften ist in dieser Beziehung das Maßgebende, wie auch in Bezug auf die Lohnverhältnisse. Es bleibt daher immer für die ganze Entwicklung der industriellen Arbeiter die Hauptsache, daß reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, dann wird sich eine fortschreitende Besserung der Arbeitsbedingungen von selber ergeben.

Einstweilen richten sich die Forderungen der Arbeiter in dem leider an der Tagesordnung befindlichen Kampfe mit den Arbeitgebern weniger auf die Arbeitszeit, als auf den Arbeitslohn und namentlich auf die Erlangung von festen Tarifen mit einheitlichen Lohnsätzen. Auf dieser Linie bewegte sich namentlich der Vorstoß, den der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Laufe des vergangenen Jahres vornahm. Dieser Streit berührte auch mehrere Betriebe der Metallindustrie in unserem Bezirk. Hier wurden jedoch Erfolge von den Arbeitern ebenso wenig erzielt, als in einigen großen norddeutschen Fabrikstädten, wo die im Verband der Deutschen Metallindustriellen vereinigten Arbeitgeber durch gemeinsame Aussperrung sämtlicher Arbeiter den Angriff abschlugen. Namentlich war dies bekanntlich in Hannover der Fall und später auch auf einem großen rheinischen Güttnerwerk, der Rotten Erde bei Wachen. Allerdings mußten die Unternehmer für die Behauptung ihres Standpunktes große Opfer bringen. Indessen hatte auch der Arbeiterverband dadurch erhebliche Vorteile, und die Arbeiterschaft selbst erlitt ebenfalls namhafte Einbuße an ihrem Einkommen.

Es zeigt sich immer mehr, daß gegenüber den unbedingten Forderungen der Arbeiter, und namentlich

gegenüber den Herrschaftsgelüsten der Gewerkschaften nur ein entschiedener Abwehrkampf der Arbeitgeber gegen die Arbeiter die Unternehmerschaft vor völliger Knechtung durch die Gewerkschaften bewahren kann. Der feste Zusammenschluß der Arbeitgeber ist und bleibt daher eine Lebensfrage für die Industrie, und auf die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses der Arbeitgeber d. h. hier in Köln Anschluß an den Arbeitgeber-Verband, kann nicht oft genug hingewiesen werden. Es vergeht selten ein Monat, in dem nicht irgend eine Gewerkschaft auch gegen eine Kölner Fabrik sich Maßregeln erlaubt, im Namen der Arbeiter Forderungen stellt und dergleichen. Grundsätzlich werden diese zurückzuweisen sein und auch meistens zurückgewiesen werden, wogegen jeder Arbeitgeber stets bereit sein wird, seine eigenen Arbeiter über Wünsche und Beschwerden zu hören und sich mit ihnen, wenn irgend möglich, zu verständigen.

Es hieße die Wirkungen der gemachten Ausführungen nur abschwächen, wenn man ihnen auch nur ein Wort hinzusetzen würde.



Vom Untermain.

Die in den letzten Wochen geschaffene Lage auf politischem Gebiete, hat bei der christlichen Arbeiterschaft am Untermain eine frohe Kampfesstimmung wachgerufen, die sicherlich auch auf das wirtschaftliche Leben sich verpflanzt. Der Anfang ist schon gemacht. In verschiedenen Orten, wo seither die „Genossen“ dominierten, kamen Nachrichten, daß die christl. Arbeiter Versammlungen abgehalten und so Aufklärung erhalten. Keinen Sonntag stehen die Kräfte, die teils rednerisch, teils nur agitatorisch tätig sind, außer Kurs. Der Erfolg, wenn auch nicht immer momentan ersichtlich, bleibt nicht aus.

Das Hauptquartier der Arbeiterschaft im Aichaffenburger Bezirk fällt dem ungelerten Berufe zu (Papierarbeiter usw.). Die Metallbranche dürfte auch einige Hundert Arbeiter zählen. Die übrigen Berufe sind teils mehr oder weniger vertreten, wovon die Holzbranche, abgesehen von den genannten Berufen, die stärkste sein dürfte. Nehmen wir zunächst die im Mittelpunkt unserer Schilderung stehende Stadt Aichaffenburg mit rund 26000 Einwohner, an den Ausläufern des Spessarts gelegen. Hier haben wir in unserer Branche das Kleinmeisterstystem mit ungefähr 80 Gesellen. Außerdem eine Piano- und eine Eisstrickfabrik mit je 40 Holzarbeitern. Die beiden Fabriken besaßen seither den Ruhm einer „Genossenerziehungsanstalt“, bis sie sich vor 2 Jahren einen „Lorbeerkranz“ wanden. Die in der ersten Fabrik Beschäftigten dachten auch einmal an „bessere Verhältnisse“ und wollten das Rad der Welt zum Stehen bringen. Einen Tag hat das Zukunftsgrammophon gestanden, den nächsten Tag, o Schmerz lag nach! ließen sie, wie ein Hund der geprügelt wurde und zu seinem Herrn läuft, zu ihrem Prinzipal und baten flehentlich um Wiedereinstellung. Die Hälfte ihrer Kollegen blieb auf dem Pflaster. In der anderen Domäne waren sie so schlau und verlangten vom Arbeitgeber einen Tarif. Er blieb anfangs aus, die „Genossen“ sahen dann ein, daß sie selbst einen Tarif ausarbeiten müßten. Was geschah damit? Wie er fertig war, legten sie den schönen Tarif zu Hanje in die Schublade, und wir glauben, daß er heute noch darin liegt. Die „Arbeitervertreter“ besaßen anscheinend nicht den nötigen Mut, um den Tarif dem Arbeitgeber vorzulegen. Nunmehr legte letzterer ihnen einen „Mastertarif“ vor, den sie auch anerkennen. So sind die hiesigen Weltverbesserer!

In nächster Nähe Aichaffenburgs in dem Orte Goldbach befindet sich ebenfalls eine Eisstrickfabrik mit einigen Arbeitern. Die Arbeiter der Firma sind größtenteils so betäubt und verschüchtert, daß sie glauben, sie hätten eine Organisation nicht nötig. Trotzdem herrschen dort nicht die besten Zustände.

Einige Stunden östlich von Aichaffenburg liegt eine Bürstenfabrik in Dellingen, wo wir einige Mitglieder haben, die übrigen werden folgen, wenn unsere Mitglieder ihre Pflicht erfüllen.

Der Mainlinie entgegen schauend, gelangen wir zu dem Städtchen Birstal a. M., wo dort einiger Eigenbräuter in der Ortsverwaltung so pöpslich unsere Zahl-

stelle einging. Die dortigen Kollegen werden bald einsehen müssen, ob vereinzelt oder geschlossen mehr zu erreichen ist. Hier muß der Gewerkschaftsgedanke wieder hineingetragen werden.

Wiederholt wurde versucht, auch in das Städtchen Amorbach die Ideen der christl. Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen. Es gelang so weit. Über die Arbeitgeber witterten bald Morgenluft und kauften ihre Arbeiter für 5 bis 10 Pf. mehr Tagelohn. Die Grundrechte haben die Arbeiter somit preisgegeben. Ob sie es für immer tun? Wir glauben nicht, auch sie werden bald einsehen müssen, daß der Kampf um die Arbeiterrechte eine Notwendigkeit ist, und mit „milden Gaben“ der Arbeiterschaft nicht gebiert werden kann.

Das Agitationsgebiet für unseren Verband in der Aichaffenburger Gegend, ist nicht sonderlich groß. Umso leichter müßte es gelingen, überall unserer Bewegung Eingang zu verschaffen. Doch die Ausbauer in der Agitation muß es auch dahin bringen, daß über kurz oder lang der größte Teil der Kollegen dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter als Mitglieder angehören.

B. N.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 6. April 1907 fällig ist.

Die Adresse des mitteldeutschen Verbandssekretariats ist fortan: Josef Erving, Frankfurt a. M., Frierische-Gasse 3.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Zugzug ist ferngehalten von Holzarbeitern aller Branchen nach Berlin, Kiel, Burg, Leipzig, Dresden, Halle a. S., Götting, Guben, Spandau, Bernau, Oldenburg, Gänzburg a. D., Andernach und Jüngerhals D.-Sch., — von Stellmachern nach Köln (Elektromobilmotoren G. Scheele, von Tapezierern nach Berlin, und Hannover, — von Bürsten- und Pinselmachern nach Bamberg (Pfalz) und Dinkelsbühl.

Zur Bürstenmacherbewegung in Bamberg. Die eintönige Einreichung der Kündigung aller Bürstenarbeiter und Arbeiterinnen brachte die Fabrikanten in eine begreifliche Erregung. Nachdem sich die Arbeiter jahrelang demütig in ihr Los ergeben, wirkte dieses geschlossene Vorgehen umso mehr. In ihrer Erregung entließen die Fabrikanten die Heimarbeiterrinnen sofort, weil sie glaubten, daß sie dadurch die Arbeiterschaft einschüchtern könnten. Das Gegenteil ist aber der Fall; dadurch wurden selbst die Vertrauensseligsten aufgerüttelt und so stehen nun alle Arbeiter als ein geschlossenes Ganzes da. Die Stimmung der Arbeiter ist vorzüglich, die Lagerbestände sind beinahe leer, die Konjunktur ist gut und so sind alle Voraussetzungen zu einem Erfolge für die Arbeiter vorhanden.

Zur Lohnbewegung in Bamern. In der dritten Woche bereits befinden sich unsere Bamerner Kollegen im Kampfe um den Neunhunderttag. Die Arbeitgeber hatten anscheinend einen wirklich ernstlichen Kampf nicht erwartet und sind nun unangenehm enttäuscht. Sie können sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen, daß auch in Bamern jetzt die Kollegen aufgewacht sind und daß man hier auch in Zukunft mit der Organisation der Arbeiter zu rechnen hat. Sie versuchen bereits mit allen Mitteln Arbeitswillige für ihre leerstehenden Betriebe heranzubekommen. Jedoch nach Bamern läßt sich so leicht niemand anwerben, dafür sind die dortigen schlechten Arbeitsverhältnisse viel zu sehr bekannt. Auch am Orte selbst wird dieses trotz der größten Mühe nicht gelingen, obwohl man an die Qualifikation der Betreffenden die denkbar geringsten Anforderungen stellt. Um einen Krampf auszuheilen, hat man schließlich nach berühmten Mustern eine schwarze Linde herausgegeben. Dieselbe ist natürlich unvollständig und fehlerhaft; ganze Werkstätten fehlen, andererseits

sind Kollegen verzeichnet, welche schon vor Ausbruch des Kampfes in ordnungsmäßiger Weise ihre Arbeitsstätte verlassen hatten. Die Arbeitgeber hätten sich diese Mühe sparen können, da sie ihren Zweck doch nicht erreichen werden. Mehrzahl der ledigen Kollegen ist bereits abgereist und anderweitig besser bezahlte Arbeit gefunden, und die anderen sehen dem weiteren Kampfe in aller Gemütsruhe entgegen. Am schönsten ist es, wie sich jetzt die Meister gegenseitig Gesellen abzufragen versuchen und wie bei dem einen das Dalles noch größer ist wie bei dem andern. Eine große Anzahl von Meistern, darunter größere Betriebe, hat bereits schon die minimalen Forderungen der Gehülften bewilligt.

Interessante Streiflichter auf die Bamerner Bewegung wirft ein Verbandsbericht eines Düsseldorf Blattes über eine dort getätigte Arbeitgeberversammlung des Holzgewerbes. Hiernach hat dort Herr Siebel, der Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbundes für das Holzgewerbe, folgende Ausführungen gemacht: „Es sei ganz gut, daß noch Orte existieren, in denen länger als 9 Stunden gearbeitet werde, weil sonst die achtstündige Arbeitszeit nicht mehr lange auf sich warten ließe. Aus diesem Grunde habe man auch in Bamern eine Bemittlung abgelehnt“. Durch diese Ausführungen bestätigt Herr Siebel nur sein Verhalten bei der Verhandlung vom 13. März am hiesigen Orte. In keinerlei Weise hat Herr Siebel oder einer der anderen Herren vom Arbeitgeberbund versucht, den Bamerner Arbeitgebern nahezu legen, daß auch sich nicht länger sträuben könnten gegen die Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit, da in der Nachbarstadt Eibfeld, sowie in Düsseldorf und Köln dieselbe längst bestesse. Bei früheren Verhandlungen mit den Arbeitgebern an vorgenannten Orten mit kürzerer Arbeitszeit, verlangte man mit Rücksicht auf die Konkurrenz der anderen Orte, daß dort die Arbeiterorganisationen vorgehen sollten, zwecks Verfüzung der Arbeitszeit. Jetzt ist nun endlich nach langem Arbeiten der Zeitpunkt gekommen, wo wir dieserhalb in Bamern vorgehen können und da wir die frühere Meinung in das Gegenteil verkehrt, da heißt es es ist gut, daß es noch Orte mit längerer, als 9 stündiger Arbeitszeit gibt. Wir werden uns dieses für spätere Fälle merken. Die Arbeitgeber aber können sich darauf verlassen, daß unserseitig der Kampf mit aller Energie geführt werden wird. Die Kollegen in Lande werden für Fernhaltung des Zuguges sorgen, damit auch hier der 9-Stundentag erreicht wird.“

Lohnbewegungen in Bayern. Im Laufe dieser Woche wurden Forderungen eingereicht; in Dinkelsbühl bei den Pinselmachern und in Günzburg bei den Schreibern. Gefordert wird in Dinkelsbühl Lohnerhöhung neben sonstiger Regelung der Arbeitsverhältnisse; in Günzburg 10% Lohnerhöhung, 9 1/2 stündige Arbeitszeit und verschiedene Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis. Zugug nach beiden Orten ist ferngehalten.

Ein Erfolg in Coesfeld. Auch hier hat sich unsere Zahlstelle gut entwickelt und hoffen wir, in kurzer Zeit alle Kollegen in unserem Verbands vereinigt zu sehen, und dann auch bei in Coesfeld die Arbeits- und Lohnverhältnisse allgemein regeln zu können. Der Anfang ist bereits gemacht. Die Betreiben des Verbandes erhielten die Kollegen bei der Firm Wolkers 4 Pf. Zulage auf die bestehenden Stundenlöhne. Die Folge davon war, daß wiederum eine Reihe von Kollegen sich unserem Verbands anschlossen. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse viel leichter durchgeführt werden kann, wenn sämtliche Kollegen dem Verbands angehören und sie deshalb mit ihrem Beitritt nicht so lange zögern mögen, bis die Organisation erst Verbesserungen durchgeführt hat. Pflicht der Kollegen ist es, an den einzelnen Orten den Verband erst zu stärken, dann ist die Durchführung von Verbesserungen sehr leicht zu betätigen. Möge also recht bald auch der letzte Holzarbeiter in Coesfeld sich uns anschließen, dann können wir der Zukunft ruhig entgegensehen, weil wir dann wissen, daß unsere Existenz eine bedeutend bessere sein wird. Auf frisch auf zu mutiger Agitations- und Werbearbeit in Münsterlande.

Erfolgreiche Lohnbewegung in Radevormwald. In Herbst des vorigen Jahres hatten sich eine größere Anzahl der in Radevormwald beschäftigten Schreiner unserem Verbands angeschlossen und eine Zahlstelle errichtet. Nachdem dann durch eifrige Agitation die sämtlichen Kollegen für unsere Organisation gewonnen waren, konnten auch die erforderlichen Schritte getan werden zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In Betracht kommt am Orte nur das Baugeschäft von Fritz Lange und wurden diesem dann die schriftlich ausgearbeiteten Forderungen unterbreitet. Rad-

Arbeiters Heim.

Jeder nach seinen Verhältnissen, jagt Du, und ich mag Dir darin Recht geben. Du meinst, man könne sich auch bei bescheidenem Einkommen zu Hause glücklich fühlen. Der Reichtum macht's nicht immer. Sicherlich nicht. Was eine Wohnung angeht, macht die Ordnung und Sauberkeit. Dieses erste Gebot mag auch in der Arbeiterwohnung gelten.

Sow ist es auch bei der Arbeitslohnzahlung in die Wohnung eines ungeheuren Arbeiters. Es war je Sonntag und die Zeit ging auf Mittag zu. Die Leute hatten nur zwei Kinder und die Frau brachte nur für den Haushalt zu kochen. Die Stube war aber noch in Unordnung, die Frau wie die Kinder erst halb angekleidet, das Sonntagsgeschäft auch nicht viel zu sehen. Der Mann sah sich nicht lächelnd. Ob er sich nicht unter diesen Verhältnissen zügel lassen?

Nein, da hat's mir nicht gefallen!

Eine andere Familie! Unter dem Dach jagte! Zwei Kinder, eines davon kränzlich, die übrigen gesund und sauber gekleidet. Die Möbel einfach, allerdings kein Einziges Ornament, groß, kindliche Unruhe, jedoch alles in Ordnung. Und der Hausherr, der die Frau

der Jagd rein gesetzt, die Fenster Scheiben wie Spiegel. Das war denn doch ein anderes Bild!

Da erinnere ich mich einer Frau, bei der der Ordnungsmann in Ordnungsmann ausgeartet war. Die Leute hatten keine Kinder. Da ist das schon eher verständlich. Ordnung und Reinlichkeit bleiben aber Augenbän, die durch keinen Schwund zu ersetzen sind.

Doch die schönste Ordnung und die peinlichste Sauberkeit machen schließlich allein das Heim des Arbeiters auch nicht anziehend. Du kennst ja das alte Sprichwort: „Die Liebe des Mannes geht durch den Regen“. Und ich halte dafür. Eine gute Küche zieht den Mann heimwärts. Bernächtig Kochen müssen unsere Frauen können, und wenn es da vielfach auch bei den Arbeiterfrauen möglich aussieht, so soll das eine Wohnung sein, unsere Mädchen zu guten Hausfrauen zu erziehen. Du wendest ein, die Arbeiterfrauen hätten nicht viel zum Kochen. Ich gebe zu, das Nichts läßt sich nicht machen. Jedoch, denke nur an Deine Mutter, die versteht auch aus dem Unscheinbaren etwas zu machen; wie schart regnet sie beim Einkochen, daß nichts ungenügend eingekocht wird und doch genügend da ist! Und vor allem, sie kocht verzüglig! Warum sollten das nicht andere Frauen auch können? Ihr seid doch wahrlich auch keine Feiglinge! Wenn

eine Frau, nicht haushalten, vor allem nicht kochen kann, so ist das für die Arbeitskraft und den Geldbeutel des Mannes gleich nachteilig.

Du bemerktest, es gehöre dazu noch ein freundliches Gesicht. Gewiß, da stimme ich bei. Ein heiteres Gesicht wirkt in manchem Hause wie der Sonnenschein. Jedoch ist es nicht jedem gegeben. Und man muß damit rechnen, daß alles in vielfältiger Wechselwirkung steht, die wirtschaftlichen Verhältnisse, hier der Lohn, den wir nach Hause bringen, wirkt weiter auf den Seelenzustand der Frau. In der Arbeiterfamilie sind die Sorgen doch bei weitem größer als anderswo. Da fällt es manchmal schon schwerer, freundliche Gesichter zu machen. Wir haben daher um so mehr Ursache, die materielle Lage unserer Standesgenossen zu heben, den Verband zu fördern, weil dadurch auch das häusliche Leben des Arbeiters sich heben wird.

Dann wird es auch leichter sein, die verschiedensten Reformen durchzuführen, die dazu dienen sollen, das Heim des Arbeiters zu dem zu machen, was es sein soll, zu einem Gesundbrunnen für uns selbst und das kommende Geschlecht.

beständigem Verhandeln wurden folgende Verbesserungen erzielt: Sämtliche Kollegen erhalten eine Zulage von 5 Pfg. pro Stunde. Überstunden werden mit 50% und Sonntagsarbeit mit 100% Zuschlag vergütet. Weiter wurde eine bessere Regelung der Montgearbeit vereinbart. Die Kollegen werden hierdurch auf friedliche Weise einen ganz guten Erfolg erzielt. Jetzt gilt es für dieselben eifrig weiterzuarbeiten um die Erreichte hochzuhalten und an der weiteren Schulung und Ausbildung zu arbeiten. Immer vorwärts muß auch die Parole lauten.

Verlängerung des Tariffs in Telgte. Der im vergangenen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag ist wieder auf ein Jahr erneuert worden. Es erhalten sämtliche Kollegen ab 1. April cr. eine Lohnzulage von 3 Pfg. pro Stunde, sodas Durchschnittslohn nunmehr auf 35 Pfg. pro Stunde steht. In einem Jahre betrug der Durchschnittslohn kaum 27 Pfg. pro 11 stündiger Arbeitszeit. Während also vor einem Jahre die Kollegen bei 11 stündiger Arbeitszeit kaum 3,00 Mk. pro Tag verdienten, verdienen sie jetzt bei 10 stündiger Arbeitszeit 3,50 Mk. pro Tag. Dieses bedeutet nach den jetzigen Verhältnissen einen gewiß respektablen Fortschritt. Es haben dann die hiesigen Kollegen auch eingesehen und werden auch fernerhin den Centralverband christlicher Holzarbeiter hochhalten, den Verband, welchem allein sie die Verbesserung ihrer Lage verdanken. Auch die Münsterländer Arbeiter können gewerkschaftliche Arbeit leisten, wenn man auch von gewisser Seite „Finstlerländer“ schimpft.

Aus den Verbandsbezirken.

Bezirkskonferenz im 11. Bezirk.

Eine Konferenz der Zahlstellen des 11. Bezirkes tagte am 24. März in Aachen. Ohne Entschuldigung fehlte die Zahlstelle Eupen. Aus den Berichten der Zahlstellen ging hervor, daß durch die Beitragserhöhung ein Stillstand zu verzeichnen war, der aber im letzten Quartal im größten Teile wieder wett gemacht wurde. Aachen klagt über mangelhafte Schulung der Kollegen. Aachenurtheil sieht einen großen Fortschritt in der Zentralkonferenz der Zahlstellen im Bezirk Aachen. Auch sei es nicht, solche Kollegen, die sich abmelden, seitens einiger Vorstandsmitglieder zu besuchen, um diese Kollegen auf das Verfehlte ihres Tun noch einmal aufmerksam zu machen. Dabei ist unbedingt nötig, daß jede Abmeldung dem Vorstande sofort durch den Vertrauensmann gemeldet wird. Vorstand glaubt Gründe zu haben, sich der Bezirkszahlstelle nicht anschließen zu können. Stolberg macht Fortschritte, während die Würzeler Holzarbeiter dem Verbande ziemlich teilnahmslos gegenüberstehen. In Baasel baselbe der Fall. Zentralvorstand Kurtscheid hielt dann ein Referat über „Gewerkschaftliche Taktik“. Dritter Punkt der Tagesordnung war die Agitation. Es wurden besonders empfohlen: die Hausagitation und die Agitation von Mund zu Mund. Man erreiche mehr durch fortwährende Kleinarbeit als durch große Versammlungen. Besondere Wert soll in der nächsten Zeit auf die Branchenagitation gelegt werden. Ebenso müssen die Kollegen vom Lande mehr für den Verband tun, indem sie energisch bei den Berufskollegen ihres Ortes agieren. Auch solle man den Bezirksleiter schnellig über die wichtigen Vorkommnisse und Gelegenheiten zur Agitation in Kenntnis setzen, damit alle Situationen in möglichst weiser Weise für den Verband ausgenutzt werden könnten. Die Kollegen Kurtscheid und Petasch gaben ebenfalls Anregungen betreffend planmäßiger Agitation. Einig war man sich darin, daß ein gut funktionierendes Vertrauensmannsystem die erste Vorbedingung für das Gedeihen einer Zahlstelle sei. Kollegen, sorgen wir jetzt dafür, daß im ganzen Bezirk der Verband einen kräftigen Schritt vorwärts kommt, daß auch an den Orten, wo der Verband noch nicht Fuß gefaßt hat, das Versäumte schnell nachgeholt wird. Dann wird der Verband auch in der Lage sein, den Kollegen Vorteile zu verschaffen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Würzburg. Sehr gut müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Frankenmetropole sein. Die Ansicht könnte man gewinnen, wenn man die große Zahl der Indifferenten in hiesiger Stadt beachtet, die sich bis heute noch nicht entschließen konnten zu organisieren. Leider treffen wir auch diese Erscheinung bei den Holzarbeitern. Ja wir mußten sogar die Wahrnehmung machen, daß Kollegen, die sich bei der vorjährigen Lohnbewegung organisierten, kurz nach derselben wieder dem Verbande den Rücken gaben. Dieses sind traurige Tatsachen, umso mehr weil wir doch sehen, wie sich unsere Arbeitgeber ebenfalls zusammenschließen. — Kollegen wir sehen doch heute schon wie schwer es fällt in verdienenden Geschäften nur das hochzuhalten, was wir im vorigen Jahre errungen haben. Wie soll dieses erst in Zukunft werden, um wie es leider in einzelnen Werkstätten der Fall ist. Die Hauptursache vom vorigen Jahre zum Teil wieder preisgegeben werden, um sie dann später wieder fordern zu müssen. Diese müssen wir vorbeugen und es gelingt auch, wenn jeder seinen Mann stellt und jeder Kollege ein Agitator ist und dafür sorgt, die Indifferenten unter den hiesigen Kollegen, die unserer Agitation sind, und zuführen. Um dieses aber betätigen zu können, müssen wir aber auch wissen, wie wir diese Kollegen am besten fassen und um sie für uns zu gewinnen. Dieses eignen wir uns am besten an, wenn wir stets unsere Versammlungen besuchen. Jeder Versammlungsbesuch läßt aber auch zu wünschen übrig. Hatten wir doch in den letzten Wochen eine allgemeine und eine öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung, um einerseits uns von dem zu ermutigen und andererseits den Indifferenten Gelegenheiten zu geben, sich aber unsere Gewerkschaftsbewegung zu informieren. Aber auch in diesen beiden Versammlungen waren die Holzarbeiter nur zu 1/4 vertreten, trotzdem die Ausführungen dieses Bezirksleiters Kollegen Erving sowie des Kollegen Kaste es verdient hätten, daß wir alle erschienen wären. Kollegen, dieses nicht so weiter gehen, denke keiner er sei zu alt oder jung um mitarbeiten zu können, das wir vorwärts kommen, denn erscheine jeder in unseren Versammlungen. Unsere älteren Kollegen kennen die hiesigen Verhältnisse ganz genau. Sie wissen

nur zu gut wie schwer es ist als Familienvater in hiesiger Stadt seinen Verpflichtungen nachzukommen, wo die Bedürfnisse, die wir zu unserem Lebensunterhalt brauchen, so teuer sind, daß sie mancher Großstadt nichts nachlassen. Ist es doch hier ganz unmöglich eine 2 Zimmerwohnung unter 240 Mk. in der Stadt zu erhalten, wo sie einer Familie mit 4-5 Köpfen gebührt. Darum nochmals, arbeiten wir fest zusammen um unsere Lage verbessern zu können, sprechen wir uns in unseren Versammlungen gegenseitig aus, vergessen wir nicht unsere Agitationspflicht und wir kommen vorwärts.

Delde. Endlich auch ist es gelungen, daß in Delde eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet werden konnte. Bismlich lange hatten sich die Kollegen im Indifferentismus befunden, aber sie sahen es immer mehr ein, daß nur durch eine geschlossene Organisation am hiesigen Orte mit den bestehenden Verhältnissen gebrochen werden kann. Denn wie am Orte die Verhältnisse bestehen, (Durchschnittslohn 31 Pfg. und dann noch für verheiratete Kollegen), so muß es doch sicher jedem klar werden, wie notwendig für die Arbeiterschaft es ist, sich dem Verbande anzuschließen. Dieses haben aber auch die meisten Kollegen eingesehen. Um aber auch uns mit den Ideen und der Notwendigkeit der Bewegung besser vertraut zu machen, hatten wir zu unserer letzten Mitglieder-Versammlung am 9. März unseren Bezirksvorstehenden Kollegen Ost aus Münster zu einem Vortrage eingeladen. Selbiger führte dann in einer markanten Rede den Anwesenden die Entwicklung unserer Industrie und Technik vor Augen, wobei er besonders die Lage des Arbeiters betonte, in seinen Verhältnissen früher und jetzt. Des weiteren legte Redner das Verhältnis des Arbeiters zu seinem Arbeitgeber und seine ganze Bedeutung im heutigen Wirtschaftsleben dar. In seine lehrreichen Ausführungen schloß sich eine Diskussion. An den Kollegen von Delde ist es jetzt, das Gesagte auch zu beherzigen und durch Einigkeit und Kollegialität zu beweisen, daß wir wirklich gewillt sind an der Verbesserung unserer Lage zu arbeiten, dabei aber auch nicht vergessen, daß wir an unsere eigene Schulung denken müssen. Vor allem aber auch durch fleißigen Besuch der Versammlungen zeigen, daß wir den Wert und die Ideen der Gewerkschaftsbewegung in uns aufgenommen haben. Bemerkenswert sei noch, daß sich die Arbeitgeber von Delde bereits dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeber-Verbande angeschlossen haben und durch denselben für gute Arbeiter-Bwohnungen und sonstiges laut „Delber Zeitung“ sorgen wollen. Wer dagegen mit den Bestrebungen dieses Bundes besser bekannt ist, weiß was dahinter steckt. Eigenartig ist nur, daß man jetzt, wo die Gewerkschaften hier eingeführt sind erst einsieht, daß für die Arbeiter etwas auf dem Gebiete des Wohnungswesens geschehen muß. Für die Arbeiter aber gilt es auf der Hut zu sein und an der Organisation festzuhalten.

Essen. „Werden die Bestimmungen unseres bestehenden Tarifvertrages am 1. April auf der ganzen Linie glatt durchgeführt“, lautete das Thema, worüber Kollege Jansen-Eöln am Sonntag, den 17. März, in einer sehr zahlreich besuchten öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung im Alfredshaus referierte. In ausführlicher Weise führte der Referent an, daß mit der fortschreitenden Technik in unserem Berufe und der damit verbundenen intensiveren Arbeitsleistung die Verkürzung der Arbeitszeit gleichen Schritt halten müsse. Die Ausführungen endeten mit einem Appell an alle Kollegen, am 1. April für die Durchführung der 9 1/2-stündigen Arbeitszeit in allen Betrieben zu sorgen. Dem Vortrage schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Sämtliche Redner äußerten sich im Sinne des Referenten. Allgemeine Heiterkeit erregten die Ausführungen eines Kollegen, welcher vor einigen Wochen ein Unorganisiertes auf die Frage des Referenten, wie viel er verdienen wolle, erwiderte, „Herr Referent das kann ich Ihnen doch nicht vorschreiben, was ich verdienen will, das müssen Sie selber wissen“. Auch einige Gegner hatten sich eingefunden, dieselben hüllten sich aber trotz wiederholter Aufforderung in Schweigen. Jedenfalls ein Beweis, daß sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, was auch die einstimmige Annahme nachstehender Resolution beweist:

„Die heutige im Alfredshaus tagende zahlreich besuchte öffentliche Holzarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, den im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarif nach jeder Richtung hin durchzuführen. Ganz besonders besonders verpflichten sich die Kollegen die am 1. April eintretende 9 1/2-stündige Arbeitszeit, sowie die entsprechende Lohnserhöhung von 4 Pfg. in allen Betrieben für die Durchführung zu bringen.“

An alle Kollegen der Sektionen Essen, Altenesson, Rütterscheid ergeht nun der Ruf, Mann für Mann für das einmal Errungene einzutreten. Haben doch schon einzelne Arbeitgeber erklärt, sie stören sich nicht an die Verkürzung der Arbeitszeit usw. Zeigen wir nun solchen Arbeitgebern, daß wir ernsthaft bestrebt sind, nicht nur Tarife abzuschließen, sondern dieselben auch strikte durchzuführen. Sollten Kollegen irgendwelche Differenzen dieserhalb mit einzelnen Arbeitgebern bekommen, so ist es Pflicht, derartige Fälle sofort auf der Geschäftsstelle, Frohnhauserstraße 19, zu melden.

Böschung. In der am 16. März stattgefundenen außerordentlichen gut besuchten Mitglieder-Versammlung war folgende Tagesordnung vorgesehen: Vortrag des Kollegen Jansen-Röln, und Einführung von Lokalunterstützungen. Kollege Jansen referierte über das Thema: „Die Entwicklung und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“. Die günstige Entwicklung derselben im Vorjahre, eine Mitgliederzunahme von 65-70.000 und ein Kasseebestand von mehr als 2 Millionen geben ein breites Zeugnis von dem Idealismus, der in unserer Bewegung herrscht. Auch die Holzarbeiter haben einen bedeutenden Vorstoß gemacht, darum muß ein jeder Kollege, jetzt in der uns günstigsten Zeit, seinen Einfluß zu Gunsten unseres Verbandes geltend machen. Denn nur auf Grund, der guten finanziellen Verhältnisse und gesullter Kollegen, ist es einer Organisation möglich, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Redner ging dann noch auf das gesamte Unterstufungswesen ein. Hauptächlich haben die christl. Gewerkschaften, neben dem Unterstufungswesen den kulturellen Aufstieg des Lohnarbeiters zu fördern. Er schloß seinen interessanten Vortrag mit einem dringenden Appell, weiter im Interesse unserer Organisation tätig zu sein, um die Zukunft zu einer erfolgreichen zu gestalten. Hierauf ging man zu der Einführung der Lokalunterstützungen über. An Arbeitslosenunterstützung wird für die im Verbandsstatut festgesetzten Unterstufungssätze, ein Zuschlag von 50 Prozent gewährt. Die Lokalunterstützung kann an Mitglieder, welche in Not geraten, sei es durch Krankheit oder Unglücksfälle innerhalb der Familie, in der Höhe bis zu 30 Mark im Jahr gewährt werden. Zu diesen Zwecken wird ein bestimmter Betrag pro Jahr festgelegt. Derselbe kann nach Ermessen des Vorstandes erhöht, muß aber von der Generalversammlung genehmigt werden. Dieses Unterstufungssystem gibt den Mitgliedern zu erkennen, welche hohen Wert die Lokalbeiträge besitzen. Wäge dieses für unsere Zahlstelle nutzbringend sein, insbesondere durch Zuführung neuer Mitglieder, und einer regen Betätigung, wenn es gilt, den Mitgliedspflichten nachzukommen. Segen wir also unsere ganzen Kräfte ein, um die Leistungen, wie die Bestrebungen unserer Organisation zu fördern

Neustadt D.-Schl. Zu der am 21. März von unserer Zahlstelle einberufenen Versammlung hatte unser Bezirksleiter Kollege Sangmeister (Bromberg) sein Erscheinen zugesagt, was einen guten Besuch zur Folge hatte. Der Referent sprach in längerer Rede über das Thema: Gewerkschaftliche Kündliche und Ausblicke. Zunächst erläuterte er die Entstehungszeit der christlichen Gewerkschaften und verglich sie mit den englischen, die uns viele Jahre zehnte voraus waren. Hierauf kennzeichnete Redner die Bestrebungen der christl. Arbeiterbewegung. Nach kurzer Diskussion fand die Wahl der Vertrauensmänner statt. Es war erfreulich, daß sich sogleich ein Kollege freiwillig zur Übernahme dieses Amtes meldete. Der Vorsitzende unserer Zahlstelle, Kollege Kranzloch gab hiernach einen Überblick über die Tätigkeit der christl. Gewerkschaften in unserer schlesischen Heimat. Zum Schluß wies Bezirksvorstehender Kollege Sangmeister auf den übermäßigen Genuß des Alkohols hin, der die größten Nachteile für den Arbeiter im Gefolge hat. Dann forderte er die Mitglieder auf, eifrig in die Agitation einzutreten.

München. Die Niederlagen, welche die hiesigen Kollegen durch ihr untätiges Borgehen erlitten haben, sollen nicht nur durch die Christliche gebüßt werden. Sobald sie merken, daß Christliche in ihre Domänen eindringen, ist ihnen kein Mittel zu schlecht, die Betroffenen hinaus zu eksen. Verleumdungen und Verleumdungen sind ihre geistigen Waffen. Besonders haben sie es auf unseren Kollegen Roe, der ihnen die Maske schon öfters küstete, abgesehen. Der sozialdem. Exterritorische Lauer ist insbesondere sehr bissig gegen den Kollegen Roe. Wiederholt hatte letzterer die unwahren Aussagen des „Genossen“ gebrandmarkt. Die unwiderlegbaren Beweise machten die übrigen Genossen stuhig. — „Galt was sang ich an — Ich nenne den Roe einen gemeinen Menschen“, so ist dann der Christ gerichtet, und wir gewinnen dabei, so dachte und tat es der „Genosse“ Lauer. Vor dem Gerichte wird sich der „Genosse“ Lauer deshalb bald zu verantworten haben.

München. Die Gauleitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in München befaßt sich im diesjährigen Gaubericht wieder ausführlich mit unserem Verband. Besonders die Lohnbewegung in München sowie unsere Münchener Zahlstelle selbst hat es den Herrschaften angefallen, denn sowohl der Herr Gaubericht als die Lokalbeamten der roten Zahlstelle, geben sich in dem Bericht die redlichste Mühe, durch unwahre Behauptungen und Beschimpfungen unseren Verband herabzuwürdigen. Wiederholt mußte schon unsererseits auf die unwahrscheinliche Tendenz der Berichte hingewiesen werden, doch ohne Erfolg, denn der heurige Bericht übertrifft in solcher Beziehung alle anderen Wird da den ahnungslosen roten Holzarbeitern vorgeblich, unser Verband hätte in der Münchener Lohnbewegung eine moralische (!) tief schädigende (!) Niederlage erlitten; er sei als nicht existierend betrachtet worden. Tatsache ist aber, daß wir wiederholt festgestellt, daß niemand mehr moralisch gerichtet wurde wie der Herr Gauleiter selbst, der in blindem Hass alle Grundätze der Freiheit und des persönlichen Rechts preisgegeben hatte. Und die Niederlage Gerade was verhindert werden sollte, nämlich unseres Verband zum Tarifabschluss zuzulassen, ist nicht eingetroffen, denn wir haben selbstverständlich einen Tarif abgeschlossen, der fast alles das enthielt, was von uns gefordert wurde. Aus letzterem Grunde war auch eine Aenderung des Tarifs überflüssig. Daß unsere Zahlstelle geschädigt wurde, ist eine Lüge, denn gerade seit der Lohnbewegung haben wir fortwährend Mitgliederzunahme zu verzeichnen, auch solcher Mitglieder aus dem roten Verband, die durch die Kampfweise der Herr Führer angeekelt wurden. In dieser Tatsache ändert auch das phrasenhafte Geschwätz des Lokalbeamten Bleninger nichts, der in dem nämlichen Rechenschaftsbericht seinem Geistesreichtum durch rohe Schimpferei aufzubessern versucht. Wie froch die Mitglieder des roten Holzarbeiterverbandes angelegen werden zeigt folgender Satz, der von Kollegen Schwarzer stammen soll: „Wir werden den deutschen Holzarbeiterverband zwingen, in Unterhandlungen einzutreten; wir wollen ihm zeigen, daß wir eine Macht besitzen“. Daß wir Einfluß besitzen, wird durch die Beachtung, die uns die Sozialisten schenken bewiesen, doch es steht fest, daß solche Worte niemals gebraucht wurden. Auf gleicher Stufe stehen auch die anderen Behauptungen; Besonders gemein wird die Heze gegen die bei uns organisierten Parkettleger getrieben, mit denen man im Vorjahre gemeinsam einen Tarif abgeschlossen hat. Hier heißt es:

„Derr Linke, einer der dunkelsten Ehrenmänner, was Bezahlung der Arbeiter anbelangt, glaubt den Tarif umgehen zu können. Dieses Manöver wird ihm durch das schmutzige Verhalten der bei ihm beschäftigten, aus unserem Verbands ausgeschlossenen Streikbrecher und nunmehrigen Mitglieder der christl. Organisation erleichtert. Obwohl sie hoch und teuer versprachen, den Tarif voll und ganz einzuhalten, haben sie ihr Versprechen bis jetzt noch nicht gehalten.“

Schmutziger und verlogener, wie es hier geschieht, kann der Kampf nicht mehr geführt werden. Denn so ziemlich das Gegenteil von dem hier Gesagten ist Wahrheit. Ohne den geringsten Beweis zu erbringen, werden hier zum Teil schon alte und ergraute Familienväter gemein verleumdet, und die das tun, sind keine der Bildung, harte Elemente, sondern wollen Führer sein; die das Volk zur besseren Zukunft führen und die Arbeiterklasse aus den Banden der kapitalistischen Knechtschaft befreien wollen!“ „Wer derartigen Schwindel glaubt, ist wahrlich zu bedauern, wir aber wenden uns mit Ekel von derartigen sogenannten Arbeiterführern ab.“

Modell- und Fabrikstreiker.

Dortmund. In unserm Berufe bestehen leider auf vielen Werkstätten noch so schlechte Verhältnisse, daß es auch endlich an der Zeit wäre, dieselben zu beseitigen. Die Anforderungen, welche mit der fortschreitenden Technik an uns gestellt werden, stehen mit den Löhnen, der langen Arbeitszeit in gar keinem Zusammenhang, ganz abgesehen von den sonstigen Verhältnissen und Umständen. Es wäre jedoch ein Leichtes dieses zu heiligtigen, wenn die Kollegen sich mehr und mehr zusammenschließen. Aber leider stehen noch in unserer Branche eine große Anzahl der Kollegen der Organisation fern, so auch hier in Dortmund. Doch wenn in der letzten Zeit dieses Blatt ein wenig wenden zu wollen. Auf einer hiesigen Maschinen-Fabrik (Schächtermann u. Kremer) in welcher bisher die Holzarbeiter vollständig unorganisiert waren, ist jetzt eine Wendung eingetreten. Man hatte hier vorher zwecks Erlangung besserer Lohnverhältnisse ein so genanntes „Bündnis“ an die Firma gesandt, welches dieselbe jedoch strikte abwieß, zumal

dieselbe mußte, daß sie es mit unorganisierten Kollegen zu tun hatte und niemand die Sache durchschauen wollte. Dieses hat denn nun den Kollegen den Weg zum Verbanne gezeigt, und haben sich jetzt eine ganze Anzahl unserm Verbanne angeschlossen. Die übrigen müssen noch durch Aufklärung und Agitation herangeführt werden. Darum, Kollegen, fort mit aller Gleichgültigkeit. Schreden wir nicht ab vor den Gewerkschaftsbeiträgen, dieselben bringen doppelte Pfunde, ermannen wir uns endlich; sei ein jeder in unserer Branche ein Agitator, dann wird es auch uns gelingen, für Mittel und Wege sorgen, daß die Mißstände beseitigt werden, um auch so unsern Beruf mit dem der übrigen auf eine Stufe zu bringen. Bietet doch gerade unser Verband die beste Gewähr dafür, daß er für die Interessen aller Kollegen eintritt. Darum alle Möbel- und Fabrikarbeiter hinein in den Zentral-Verband christl. Holzarbeiter!

Gewerkschaftliches.

Mohrenwäsche. Ein in der Arbeiterbewegung wohl einzig dastehender Fall bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Kölner Schöffengericht.

Der Vorsitzende der Kölner Zählstelle des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes schloß am 29. Mai 1908 mit dem Geschäftsführer der Firma Du Mont folgenden Vertrag:

Vertrag.

Köln, 29. Mai 1908.

Hierdurch verpflichte ich mich dem Geschäftsführer Schmitz gegenüber:

1. Von heute ab in keiner Versammlung jedweder Art über die Firma Du Mont, über deren Arbeiter und deren Geschäftsverhältnisse irgendwie zu sprechen,
2. die Arbeiter der betreffenden Firma jederzeit unbefähigt zu lassen, sowie neu Eintretende oder nach Arbeit tragende Arbeiter in keiner Weise zu beeinflussen,
3. jedwede Zeitungs polemik gegen die Firma gänzlich zu unterlassen.

Uebrigens habe ich heute dem Herrn Geschäftsführer auf mein Ehrenwort versprochen, fortan der Firma keinerlei Schäden und Unannehmlichkeiten zu bereiten, bin vielmehr gerne bereit, die Firma in allen Arbeiterverhältnissen zu unterstützen, wofür ich pro Monat eine Summe von 25 Mark bis 1. Juni 1904 von Herrn Geschäftsführer Schmitz in dessen Privatwohnung ausbezahlt erhalte.

Ges.: Schmitz, Geschäftsführer.

Ges.: Ludwig Klein.

Nach den Darstellungen Kleins hat er den Vertrag nur geschlossen, um die Firma oder den Geschäftsführer hereinzulügen, oder diesen Bestechungsversuch des Geschäftsführers festzulegen. Im Jahre 1904 entspann sich Organe der Reich-Duisburger Gewerksvereine eine Polemik, wo von allen Seiten das Verhalten Kleins, der den Vertrag unter Verpfändung seines Ehrenwortes geschlossen hatte, mit der bestimmten Absicht, denselben nachher wieder zu brechen, als eines Arbeiterführers unwürdig und die Interessen der Arbeiter schädigend bezeichnet.

Vor der am 3. Dezember 1906 in Köln stattgefundenen Gewerkschaftswahl erschien vom Wahlkomitee der christl. Arbeiter ein Flugblatt, welches auf diesen Vertrag hinwies, zum Beweise, daß die Führer der freien Gewerkschaften nicht die richtigen Arbeitervertreter seien.

Auf Grund dessen erhob Klein gegen den Verleger des Flugblattes, Arbeitersekretär Peter Schlad, Klage wegen Beleidigung. In dem Termin wollte Klein den Beweis erbringen, daß er die 25 Mark nicht für sich behalten wollte, sondern daß er nur zum Schein den Vertrag geschlossen hat.

Der Vorsitzende des Gerichtes konnte sich nicht enthalten, ein solches Vorgehen als sehr deprimierend hinzustellen. Dann führte die Verteidigung aus: Das Flugblatt wollte nicht behaupten, Klein hätte um der 25 Mark willen den Vertrag geschlossen, sondern das Flugblatt hat nur die Tatsache des Vertrages konstatiert und geäußert, daß solche Leute, welche unter Verpfändung ihres Ehrenwortes solche Verträge schließen, keine geeignete Vertreter der Arbeiter sein könnten.

Todurch, daß Vertreter der Arbeiter Verträge schließen mit der bewußten Absicht sie nicht zu halten, wird den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, mit Bezug auf solche Verträge, jede Vertragsschließung mit Arbeitervertreter abzuschließen. Uebrigens mußte jeder anständige Mensch eine solche Art Vertragsschließung verurteilen.

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß eine Verurteilung wohl sehr fraglich sei, kam es zu folgendem Vergleich: Herr Schlad erklärt, daß er Herrn Klein nicht habe vorwerfen wollen, daß er um der 25 Mark willen den Vertrag geschlossen hätte, sondern er habe nur die Art der Vertragsschließung als die Interessen der Arbeiter schädigend hingestellt wollen.

Dieser Vergleich nahm Klein an und hat er damit selbst zugegeben, daß er mit der Schließung des Vertrages die Interessen der Arbeiter geschädigt hat; daß dieses von Gerichtswegen festgestellt ist, unter Kleins eigener Zustimmung dürfte manchem Mitgliede der freien Gewerkschaften die Augen öffnen. Über jene Leute, denen er bis jetzt seine Interessen anvertraut hat.

Über die Unwissenheit und sozialdemokratische Gewissenlosigkeit kann man sich nur zu oft. Das zeigte sich auch in einer Besprechung am 25. März d. J. in Bonn, in der ein Herr Weber von einer „Schwarzarbeiterbande“ sprach. In seinem Referat behauptete der Gewerkschaftsleiter, daß es niemand wüßte, daß in keiner religiösen und politischen Unternehmung verbot. Von welcher Seite dies Schwarzarbeiterbanden auf die Unwissenheit und ungeschicklichen sozialdemokratischen Lehren der freien Gewerkschaften hin und her zu den Kollegen und, wenn man sich nicht zu helfen.

Charakter der freien Gewerkschaften zu bekennen. In die Enge getrieben hielt Herr Weber dann eine regelrechte Pauke für die Sozialdemokratie. Wie hoch — oder auch wie tief der Mann sein Publikum einschätzte, ging aus verschiedenen Sätzen hervor; er sagte u. a.: — in unseren Reihen sind auch Christen, die Sonntags in die Kirche gehen und nicht nur vormittags, sondern auch nachmittags, und die in der Woche noch ein paar Mal in die Kirche gehen“. (Das sagte der Mann in vollem Ernst, daher verdünzte Gesicht der Genossen.) Vorher hatte der Redner noch erklärt, es bliebe bei den bestehenden Verhältnissen nicht so viel Zeit neben der Arbeit übrig, sich nur einigermaßen weiter zu bilden. Ein Diskussionsredner hatte diejenigen verspottet, die den „Paffen“ nachliefen. Weiter sagte der Referent: „Es ist eine Lüge, wenn man behauptet, Bebel habe gesagt: „Christentum und Sozialismus stehen sich einander gegenüber wie Feuer und Wasser“. Aus den Reihen der eignen Genossen mußte Herr Weber sich belehren lassen, daß die angefochtene Behauptung stimmt, und Herr Weber selbst noch rückständig ist. Die anfangs abgegebene Erklärung, es sei nicht wahr, daß das „Schuhmacherfachblatt“ Artikel gegen die Religion gebracht habe, wurde durch die späteren Ausführungen widerlegt, denn Herr Weber sagte wörtlich: „Die Darwin'sche Theorie ist wissenschaftlich festgelegt, und das „Schuhmacherfachblatt“ hat ganz recht, wenn es diese Theorie vertritt. Der Sozialismus ist für die Wahrheit und das Christentum hat die Wahrheit verfolgt. Unser Organ kämpft gegen die Paffen und vertritt die neue Wissenschaft. Ja, ja — und Darwin hat auch gar nicht gesagt, daß der Mensch von Affen abstamme —. Während der Mann so das Christentum verleumdete, tischte er auf der anderen Seite das alte Märchen vom urchristlichen Kommunismus wieder auf und bewies durch seine weiteren Ausführungen, in denen er die überlebten Märchen Theorien voll aufrecht hielt und die Genossen Calwer, Schippel, Bernhard u. als Einspänner bezeichnete, daß auf ihn die anfangs genannte Bezeichnung voll und ganz zutrifft. Und das sind die Helben, die den Arbeitern die Wissenschaft (!?) bringen!!! Du meine Güte!

Soziale Rundschau.

Die Leistungen der Versicherungsgegebung im Jahre 1905. Dem Reichstag ist in den letzten Sitzungstagen eine Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen für das Jahr 1905 zugegangen, der wir folgende Einzelheiten entnehmen: Zur Durchführung der reichsgeordneten

Unfallversicherung

bestanden im Jahre 1905 66 gewerbliche Berufsvereinigungen mit 14 Versicherungsanstalten und 45 land- und forstwirtschaftliche Berufsvereinigungen. Die gewerblichen Berufsvereinigungen umfaßten 637 611 (619 449 in 1904) Betriebe mit 8 195 732 (7 849 120) durchschnittlich versicherten Personen. Die Gesamtausgabe der 114 Berufsvereinigungen betrug 162 088 302,57 Mk., dem eine Einnahme von 164 562 239,40 Mk. gegenübersteht. Die Vermögensbestände beliefen sich auf rund 249 1/2 Millionen Mk. Im Jahre 1905 trugen die gewerblichen Berufsvereinigungen die 1 364 566,03 Mk. betragenden Kosten des Heilverfahrens bei 47 982 Personen. Renten wurden in einer Gesamthöhe von über 66 1/2 Millionen Mk. an 390 004 Erwerbunfähige und Sterbegeld an 5663 Personen in Höhe von 409 108,47 Mk. gezahlt. An Abfindungen wurden an 2523 verlebte Inländer über 940 000 Mk., an 244 verlebte Ausländer 136 897,78 Mk. geleistet. 39 884 Witwen bezw. Wöchner, 63 982 Kinder und Eatel der Getödeten und 2834 Verwandte aufsteigender Linie Getödete erhielten Rente. Der Gesamtbetrag dieser Renten beläuft sich auf über 17 Millionen Mk. Außerdem wurden noch über 1 Million Mk. Abfindungen an Witwen usw. gezahlt. Im Ganzen genossen die Wohlthäter der Unfallversicherung im Jahre 1905 über 560 000 Personen gewerblicher Berufsvereinigungen, für die ein Betrag von über 87 Millionen angewendet wurde. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeiträge belief sich in 1905 jedoch auf über 135 Millionen Mk. gegen über 126 Millionen Mk. in 1904. Die Zahl der Unfälle ist in 1905 von 137 673 auf 141 121 gewachsen. Die der Unfälle mit tödlichem Ausgang betrug 8928. Die Anzahl familiärer im Jahre 1905 überhaupt zur Anmeldung gelangter Unfälle betrug 609 160 gegen 583 965. — Auf Grund des

Invalidenversicherungsgesetzes,

das zwar mit den Berufsvereinigungen nichts zu tun hat, aber bei einem Ueberblick über die Leistungen der Berufsvereinigungen nicht übergangen werden kann, wurden im Jahre 1905 122 868 Invaliden-, 11 871 Kranken- und 10 602 Altersrenten und 186 572 Beitragserstattungen festgestellt. Insgesamt belief sich die Summe der in 1905 gezahlten Renten auf nahezu 137 Millionen Mk. gegen 129 Millionen Mk. in 1904, die der Beitragserstattungen auf über 8 Millionen Mk. Durch unsere soziale Versicherungsgegebung sind also im Jahre 1905 über 276 Millionen Mark Renten bezw. Entschädigungen ausbezahlt worden, eine Summe, die mehr als Worte den hohen Wert der Versicherungsgegebung, deren Verbesserungsmöglichkeit durchaus nicht in Abrede gestellt wird, illustriert.

Die überseeische Auswanderung im Jahre 1906. Nach den Berichten der Tätigkeit der Reichskommission für das Auswanderungswesen im Jahre 1906 wurden über deutsche und ausländische Häfen insgesamt 31 074 Personen befristet, von denen sich die Mehrzahl, nahezu 30 000, nach den Vereinigten Staaten von Amerika wandte. Grundsätzlich ist in der deutschen überseeischen Auswanderung ein ganz bedeutender Rückgang zu konstatieren, der vom Jahre 1881, wo die Auswanderung mit 29 002 Personen ihren Höhepunkt seit 1871 erreichte, da-

tiert. Bereits zehn Jahre später (1881) betrug die Zahl der deutschen überseeischen Auswanderer nur noch 120 Personen und hat sich jetzt, wie sich aus einem Vergleich mit der Zahl für 1906 ergibt, um nahezu 76 Prozent vermindert. Freilich, wenn man die Zahl von 1906 also über 31 000 — mit der von 1901 vergleicht, wo 22 073 Deutsche ihre Heimat verließen, dann zeigt sich, daß eine Zunahme, die aber an Bedeutung verliert, wenn man in Betracht zieht, daß 1903 die Zahl der Auswanderer bereits wieder über 36 000 betrug. Zum Heere Auswanderer im Jahre 1906 stellte Preußen mit 18 000 und in Preußen wiederum Posen mit über 8 000 Personen das Hauptkontinent. Beruflich gehörten den Auswanderer der Industrie, 59,31 der Land- und Forstwirtschaft an. Die deutsche überseeische Auswanderung ist gering zu nennen gegenüber der des Auslandes. In deutschen Häfen wurden beispielsweise im Jahre 1906 129 184 Russen, 87 494 Oesterreicher und 100 464 Ungarn befördert. Immerhin hat auch die Frage der deutschen überseeischen Auswanderung für die organisierte Arbeiterschaft ein gewisses Interesse, da durch sie ihr immer die minderwertigsten Arbeitskräfte entzogen werden und der Einwanderung minderwertiger, mit den geringsten Bedürfnissen ausgestatteter Ausländer Platz macht wird.

Gesindeordnung und Dienstbotenorganisation.

Dienstboten unterliegen bekanntlich den Gesindeordnungen einzelner Bundesstaaten. Damit gehen denselben viele Nachteile, welche die gewerblichen Arbeiter längst besitzen, verlohren. Ein großer Mangel der Dienstboten besteht darin, daß sie selbst ebenso, wie die landwirtschaftlichen Arbeiter von den großen Versicherungsgesellschaften ausgeschlossen sind. Dadurch gehen den Berufsangehörigen viele Vorteile verlohren, die meisten Gesindeordnungen verpflichten die Herrschaften für eine 6 wöchige Faltung in Krankheitsfällen, wenn Dienstbote in dieser Zeit nicht gesundet, so steht er einer der Entbehrung und Not entgegen. Nicht selten lassen sich selbst gut situierte Herrschaften an der notwendigen Pflege fehlen; um Kosten zu ersparen, wird die Anrufung des Arztes möglichst lange Zeit hinausgeschoben und dadurch oft der geeignete Zeitpunkt für Heilung einer Krankheit verpaßt jahrelange Leiden sind die Folgen. Diesem Zustand ein Ende zu machen, hat der Zentralverein der Herrschaften in Preußen die besten und weiblichen Dienstboten Deutschlands eine Petition an den deutschen Reichstag in Auftrag gegeben, welche um die Einbeziehung der Dienstboten in die Krankenversicherungsgesetz bittet. Bei der großen Wichtigkeit der Sache ist notwendig, daß sich die christlichen Kollegen aller Berufsstände der Sache annehmen, um viele Unterfertigungen zu sammeln. In München fanden aus diesem Anlaß her am 3. März 2 große Parallelversammlungen statt, die weit über 1000 Personen besucht waren. Ueber 700 Unterschriften wurden bereits vollzogen. Aber auch bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder das wahre Gesicht der Sozialdemokratie. In die eine Versammlung hatten die Sozialdemokratischen Bildungsbereine unter Führung des Vorsitzenden Auer dirigiert. Dieser forderte in der Diskussion man solle in der Petition Aufhebung der Gesindeordnung antragen, wenn der Antrag auch keine Aussicht auf Annahme habe. Als die Versammlung einem Antrag auf Abschluß der Debatte zustimmte, machte der „Bildungsbereine“ einen solchen Rabau, daß es jeden Augenblick zu blutigen Exzessen zu kommen schien. Nur der Ruhe der christlichen Dienstmädchen ist es zu danken, daß keine Verwundungen vorkamen.

„Feierabend“-Unfug.

Aus Freiburg i. B. schreibt ein Kollege: Unter den verschiedenen Versicherungen macht die hiesiger Gegend besonders die Zeitschrift „Nach Feierabend“ viel Aufsehen mit ihrem Versicherungswesen. In Inseraten und großen Plakaten werden die verlockendsten Versprechungen gemacht. Hunderte und tausende Mark würden gewährt, Unfallrenten, bei Invalidität, Sterbegelder usw. Ueber 2 Millionen Mark wurden schon an Unterstützungen ausbezahlt. Natürlich werden diese Vorteile besonders den Arbeitern gepriesen, welche auch vielfach darauf eingehen. Unreell ist es nicht. Es wurde dies in zwei Artikeln in einer hiesigen Tageszeitung schon Ende letzten Jahres beleuchtet, von einer Seite aus, die im Versicherungswesen erfahren ist. Denn hat seine Schwierigkeiten in Bezug von Renten. Das weisen schon die Kaufschulparagrafen im Statut. Und das Sterbegeld ist nur eine freiwillige Leistung seitens des Verlags der Zeitschrift, welche von Leipzig herausgegeben wird. Nun wir Arbeiter haben jedenfalls kein Anlaß, derartige Versicherungen zu fördern. Denn unsere erste und beste Versicherung ist für jeden sozial-fortschrittlichen Arbeiter die Organisation, weil wir hier zugleich auch für unsere soziale und wirtschaftliche Besserstellung eintreten. Die Organisationen haben schon bedeutend mehr Millionen aufgewendet als der „Nach Feierabend“ mit seinem ganzen Versicherungswesen. Namentlich auch die christlichen Gewerkschaften haben schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens Millionen Mark aufgebracht, zur Unterstützung und Besserstellung der Arbeiter. Und da steht unser Verband gewiß auch an erster Stelle mit seinen Einrichtungen, jedoch wir vor äußerster Not geschützt sind. Darüber hinaus bestehen besonders hier in Freiburg noch genügend Unterstützungsvereine, die fast zu viel. Also Kollegen! Klären wir die Arbeiter auf, die erste und notwendigste Versicherung die Organisation ist; die hier sind die Unterstützungen statuarisch festgelegt und gesichert als der „Feierabend“ sie bieten kann.

Briefkasten.

Da der Andrang von „Berichten aus den Zählstellen“ so gezeigt ein starkes ist, mußten wiederum eine größere Anzahl von selben zurückbleiben.